

Wahlprüfsteine der Kassenzahnärztlichen Vereinigung LSA

1a) Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung in Sachsen-Anhalt: Ausweitung der Studienkapazitäten in der Zahnmedizin an der MLU Halle-Wittenberg

Frage: Die Zahnärzteschaft fordert daher die Ausweitung der Studienkapazitäten in der Zahnmedizin an der MLU Halle-Wittenberg. Werden Sie die finanziellen Mittel bereitstellen, die dafür notwendig sind?

Unsere Forderungen nach einer Erhöhung um mindestens 20 Studienplätze an der MLU in einem ersten Schritt haben wir in unserem Antrag vom Februar 2020 (Drs.7/5731) klar formuliert. Außerdem soll das Land mit der MLU, den Kammern und den Krankenkassen eine Vereinbarung treffen, in der die zukünftigen Bedarfe und Studienplatzkapazitäten sowie deren Finanzierung festlegt werden. Bei weiteren Schritten muss auch berücksichtigt werden, dass für die Erhöhung der Anzahl an Studienplätzen auch Labor- und Übungsplätze bereitstehen müssen; dafür müssen im Zweifel auch Baumaßnahmen durchgeführt werden. Für die Finanzierung der zusätzlichen Studienplätze an der MLU muss ggf. eine gesonderte Vereinbarung mit der MLU abgeschlossen werden. Wir sehen bei der Ausbildung von Zahnarzt*innen und Kieferorthopäde*innen aber auch den Bund in der Verantwortung, die Länder bei der Finanzierung der Ausbildung zu unterstützen und werden uns gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen.

1b) Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung in Sachsen-Anhalt: Landzahnarztquote

Frage: Wird Ihre Partei eine Landzahnarztquote in Sachsen-Anhalt einfordern? Werden Sie konkrete Maßnahmen vornehmen, die die Gewinnung und Sicherung des zahnärztlichen Nachwuchses im Land verbessern?

Einer Quotenregelung stehen wir derzeit kritisch gegenüber. Wir würden für eine weitere Positionierung die Erfahrungen mit der „Landarztquote“ bei den Allgemeinmediziner*innen genauer bewerten. Aus unserer Sicht ist es wichtig, ähnlich wie beim Modellprojekt „Klasse Allgemeinmedizin“ bereits im Studium die Studierenden auf die Übernahme oder Neugründung einer Praxis, auch im ländlichen Raum, vorzubereiten. Darüber hinaus wird eine höhere Anzahl von Studienanfänger*innen zu einer größeren Anzahl von Absolvent*innen für das Land führen. Für den Übergang vom Studium zum Beruf können die Kammern Partnerinnen bei der Vorbereitung der Absolvent*innen auf den Berufseinstieg sein. Daher begrüßen wir die Initiative der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV), das Zahnforum in Halle zu etablieren. Das Land muss mit den Kammern und den Krankenkassen eine Vereinbarung treffen, mit denen der Berufseinstieg in der Phase der Praxisneugründung/-übernahme erleichtert wird (z.B. durch ein Programm zur Praxisnachfolge für den ländlichen Raum).

1c) Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung in Sachsen-Anhalt: Landesmittel für Studienplätze der Zahnmedizin im Ausland

Frage: Ist Ihre Partei bereit, ebenso Mittel für solche Kooperationen zur Verfügung zu stellen?

Den Einkauf von Studienplätzen im Ausland wird DIE LINKE nur als kurzfristige Maßnahme mittragen, bis die nötigen Studienplätze im Land geschaffen wurden. Priorität hat für uns die Ausbildung von Zahnärzt*innen im Land Sachsen-Anhalt. Für den Verbleib im Land ist auch eine gewisse Identifikation vonnöten, die am ehesten durch ein Studium erreicht werden kann. Die für einen dauerhaften Einkauf von Studienplätzen im Ausland benötigten Finanzmittel sind im Land sinnvoller und nachhaltiger angelegt.

2a) Corona: Schutzschirm für Zahnärzteschaft

Frage: Werden Sie gegenüber dem Bundeskabinett einen Schutzschirm für die Zahnärzteschaft einfordern?

Die zahnärztlichen Versorgungsstrukturen müssen auch in Krisenzeiten, wie wir sie aktuell erleben, nachhaltig abgesichert werden, da sie ein wichtiger Bestandteil der gesundheitlichen Daseinsvorsorge sind. Daher stehen wir zu unserer Forderung eines echten Schutzschirms für die Zahnärzt*innen, der beispielsweise aus der Bereitstellung von zinslosen Darlehen in Kombination mit nicht rückzahlbaren Überbrückungshilfen bestehen könnte.

2b) Corona: Stärkung des ÖGD

Frage: Wird ihre Partei die Gesundheitsämter besser aufstellen? Wie?

Der öffentliche Gesundheitsdienst wurde in den vergangenen Jahrzehnten stark vernachlässigt. Erst mit der Pandemie wurde der in Fachkreisen schon lange bekannte Zustand offensichtlich. Mit dem Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst wurde aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung gemacht. Die personelle Besetzung der Gesundheitsämter muss verbessert, standardisiert und verstetigt werden. Dazu gehört die Anpassung des öffentlich-rechtlichen Tarifgeschehens an Rekrutierungsanforderungen genauso, wie eigene Studien- und Ausbildungsgänge für den öffentlichen Gesundheitsdienst. Ziel muss es sein, in Kooperation mit den niedergelassenem Bereich wie auch den Krankenhäusern die gesundheitliche Präventionsarbeit zu stärken, dazu gehört auch ein stetiger jugendzahnärztlicher Dienst. Auf der anderen Seite muss der öffentliche Gesundheitsdienst in die Lage versetzt werden, in Pandemien und anderen Notlagen adäquat zu reagieren. Dazu gehört eine stetige, wissenschaftlich fundierte Fortschreibung von Notfallplänen. DIE LINKE plant daher in der kommenden Legislaturperiode die Novellierung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienstes des Landes.

3) Steuer und Bürokratie

Frage: Welche konkreten Maßnahmen werden Sie umsetzen, um Steuer- und Bürokratielasten für Freiberufler bzw. Mittelständler abzubauen?

Die Regeln des Steuerrechts und der Aufzeichnungs- und Nachweispflichten sind im wesentlichen bundesrechtlich geregelt. DIE LINKE fordert seit Jahren eine umfassende Reform des Einkommensteuerrechts, dass zwar die Tarifbelastung für sehr hohe Einkommen deutlich erhöht, aber eben auch untere und mittlere Einkommen deutlich entlastet. Dazu gehört ein höherer Grundfreibetrag genauso dazu, wie eine Streckung des Tarifverlaufes. Dokumentations- und Aufzeichnungsregeln sind stetig dahingehend zu überprüfen, ob sie den notwendigen

Zweck erfüllen oder ob andere, einfachere Regeln die gleichen Anforderungen erfüllen. Hierzu sind die Hinweise aus den berufsständischen Vereinigungen unabdingbar.